

Erklärung des Exekutivausschusses von industriAll Europe über die künftigen Beziehungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich

Sitzung des industriAll Europe Exekutivausschusses

Dokument verabschiedet vom 17. Exekutivausschuss von industriAll Europe
Online Sitzung, 1. Juli 2020 | 106/2020

Aktualisierung des Positionspapiers 2017/81: „Für einen Brexit, der Arbeitsplätze, Rechte und ein soziales Europa für alle schützt“¹

Das Vereinigte Königreich (UK) verließ die Europäische Union (EU) am 31. Januar 2020 nach der Verabschiedung des Austrittsabkommens², und wir befinden uns nun in einer „Übergangsphase“ bis zum **31. Dezember 2020**. Die jeweiligen Verhandlungsteams des Vereinigten Königreichs und der EU haben ihre Verhandlungspositionen veröffentlicht³ und die offiziellen Verhandlungen begannen am 2. März 2020 in Brüssel.

Eine zukünftige Beziehung zwischen der EU und Großbritannien, die Arbeitsplätze, Rechte und ein soziales Europa für alle schützt

Das Vereinigte Königreich stimmte im Juni 2016 für den Austritt aus der Europäischen Union, aber kein Arbeitnehmer stimmte dafür, seinen Arbeitsplatz, seine Beschäftigungsrechte oder seinen sozialen Schutz zu verlieren. Nun, da das Vereinigte Königreich die EU verlassen hat und offizielle Verhandlungen begonnen haben, müssen die europäischen Gewerkschaften solidarisch zusammenstehen, um für gute Arbeitsbedingungen und Standards für **alle** Arbeitnehmer zu kämpfen. Wir müssen einen Wettlauf nach unten in Bezug auf die Arbeitnehmerrechte verhindern. Deshalb fordert industriAll Europe auch weiterhin eine künftige Vereinbarung zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich, die die Arbeitnehmer auf beiden Seiten des Ärmelkanals an die erste Stelle setzt.

DIE POSITION GROßBRITANNIENS / DIE POSITION DER EU⁴

Die EU hat erklärt, dass sie ein sehr ehrgeiziges Handelsabkommen anstrebt, das „**keinerlei Zölle und Quoten für alle Waren, die in den Binnenmarkt gelangen**“ beinhaltet. Allerdings hat sie betont, dass dies unter der Bedingung der Wahrung gleicher Wettbewerbsbedingungen geschieht. IndustriAll Europe unterstützt die gestärkte Position der EU, dass „das geplante Abkommen

¹ IndustriAll Europe Position Paper: [“For a Brexit that protects jobs, rights and a social Europe for All.”](#)

² [Withdrawal Agreement](#) - establishes the terms of the UK's withdrawal from the EU.

³ [EU negotiating position](#) (25/02/2020) and [UK negotiating position](#) (27/02/2020).

⁴ Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts: **28. Mai 2020**.

gemeinsame hohe Standards und entsprechende hohe Standards im Laufe der Zeit **aufrechterhalten** muss". Wir lehnen die Schaffung ungleicher Wettbewerbsbedingungen bei Beschäftigungs-, Sozial- oder Umweltstandards ab und akzeptieren keine niedrigeren Konditionen für britische Arbeitnehmer.

Die EU hat betont, dass jede Vereinbarung die Autonomie der Entscheidungsfindung der Union und ihrer Rechtsordnung, die Integrität ihres Binnenmarkts und der Zollunion sowie die vier Freiheiten respektieren muss und dass das Vereinigte Königreich nicht die gleichen Rechte und Vorteile wie ein Mitgliedstaat haben kann.

Die britische Regierung hat deutlich gemacht, dass das Vereinigte Königreich aus dem Binnenmarkt und der Zollunion austreten wird und dass sie keiner Verpflichtung zur Angleichung der britischen Gesetze an die der EU zustimmen wird. Das Vereinigte Königreich strebt ein umfassendes Freihandelsabkommen (CFTA) an, **wird aber ein „No Deal“-Szenario auf Grundlage der WTO-Regeln akzeptieren**, falls es sich als unmöglich erweisen sollte, eine Einigung zu erzielen. Die britische Regierung beharrt außerdem darauf, dass sie **der Verlängerung des Übergangszeitraums (31. Dezember 2020) nicht zustimmen** und sie bis Ende Juni 2020 entscheiden wird, ob sie **sich ausschließlich auf die internen Vorbereitungen eines „No Deal“ konzentrieren** wird, falls die Verhandlungen nicht angemessen vorankommen.

In Anbetracht dieser beiden gegensätzlichen Positionen ist es wahrscheinlich, dass sich die Einigung auf Bestimmungen über gleiche Wettbewerbsbedingungen und den Streitbeilegungsmechanismus (und die Zuständigkeit des Gerichtshofs der Europäischen Union) als die größten Herausforderungen erweisen werden.

IndustriAll Europe fordert jedoch beide Parteien auf, effektiv zusammenzuarbeiten, um den besten „Deal“ für **alle** Arbeitnehmer zu erreichen und einen „No Deal“ zu verhindern, der für die Industrie und ihre Beschäftigten auf beiden Seiten des Ärmelkanals äußerst schädliche und unvorhersehbare Folgen hätte. Wir lehnen die Instrumentalisierung der Bürger als Schachfiguren in den Verhandlungen ab und bestehen darauf, dass hohe Beschäftigungs-, Sozial- und Umweltstandards eingehalten werden müssen. IndustriAll Europe fordert einen strengen Schutz vor Anti-Dumping und Maßnahmen, um eine Nivellierung der Arbeitnehmerrechte, des Umweltschutzes oder der Standards auf beiden Seiten des Ärmelkanals zu verhindern.

Unsere Forderungen

IndustriAll Europe fordert auch weiterhin den besten „Deal“ für alle Arbeitnehmer und ruft zur Solidarität zwischen den europäischen Gewerkschaften auf, um gegenüber den Regierungen Großbritanniens und der EU folgende Forderungen durchzusetzen:

1. einen „Deal“, der die Arbeitnehmer auf beiden Seiten des Ärmelkanals an die erste Stelle stellt

2. möglichst reibungslosen und zollfreien Handel **außerhalb des EU-Binnenmarktes und der Zollunion**⁵
3. volle Kompatibilität der (Sicherheits-, Umwelt- und anderen) **Anforderungen an Produkte und Verfahren** zur Gewährleistung eines fairen Wettbewerbs sowie einen koordinierten Ansatz in Bezug auf Kohlenstoffpreissysteme für die Industrie
4. Schutz der **Gesundheits- und Sicherheitsvorschriften, der Sozialgesetzgebung und der Rechte auf Unterrichtung und Anhörung** für alle europäischen Arbeitnehmer in der EU und im Vereinigten Königreich
5. Gewährleistung einer **engen Zusammenarbeit** in relevanten Bereichen von beiderseitigem Interesse (z. B. Forschung, Energie und kanalübergreifende industrielle Lieferketten)
6. Erhöhung der Wahrscheinlichkeit **gleicher Wettbewerbsbedingungen**, indem sichergestellt wird, dass:
 - a. die **Nicht-Regressionsklausel** auf den **gesamten sozialen Besitzstand der EU** ausgeweitet wird
 - b. das Vereinigte Königreich bei **künftigen Verbesserungen** der Beschäftigungs- oder Sozialstandards mit der EU Schritt hält.
 - c. der EuGH **das einzig zuständige Gericht für Streitigkeiten über EU-Recht** bleibt, und seine Entscheidungen in Fällen von Sozial- und Beschäftigungsstandards herangezogen werden.
 - d. das **“Place of Work”-Prinzip**⁶ Anwendung findet.
7. die Verpflichtung des Vereinigten Königreichs und der EU, **allen nachteiligen Folgen** für Arbeitsplätze und lokale Gemeinschaften **entgegenzuwirken**.
8. eine wirkliche Rolle der Sozialpartner sowohl bei der Überwachung als auch bei der Durchsetzung des Austrittsabkommens, einschließlich der **Befugnis, offizielle Beschwerden einzureichen**
9. **vollständige Transparenz des Verhandlungsprozesses** und **Einbeziehung der Sozialpartner** von Beginn der Verhandlungen an.

⁵ IndustriAll Europe unterstützt nicht die Entscheidung der britischen Regierung, den Binnenmarkt und die Zollunion zu verlassen, was schlecht für die Industrie und die Beschäftigten auf beiden Seiten des Ärmelkanals sein wird.

⁶ Place of Work- Prinzip: Garantie des gleichen Lohns für die gleiche Arbeit am gleichen Ort.

International Trade Union House (ITUH) - Boulevard du Roi Albert II 5 (bte 10) - B-1210 Brussels
Tel: +32 (0)2/226 00 50 info@industrial-all-europe.eu www.industrial-all-europe.eu